

Landtag/Verkehr/Bahn/Stuttgart 21/
Stuttgart 21 - Grüne wollen Staatsanwalt ablösen =

Stuttgart (dpa/lsw) - Die Grünen im Landtag fordern den Abzug eines Oberstaatsanwalts von den Ermittlungen zum harten Polizeieinsatz am 30. September gegen Stuttgart-21-Gegner. Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler habe weit vor Ende der Ermittlungen durch öffentliche Äußerungen zu erkennen gegeben, dass er voreingenommen und nicht unabhängig ist. «Deshalb müssen die anhängigen Ermittlungsverfahren einer anderen Staatsanwaltschaft übertragen werden», verlangte der Grünen-Obmann im Landtags-Untersuchungsausschuss, Uli Sckerl, am Mittwoch in Stuttgart.

Generalstaatsanwalt Klaus Pflieger hat die Forderung aber bereits Ende Dezember abgelehnt. In der Antwort auf eine Landtagsanfrage der Grünen teilt das Justizministerium mit, Pflieger habe keine Anhaltspunkte dafür gesehen, dass die Ermittlungen nicht objektiv seien. «Zur Beauftragung einer anderen Staatsanwaltschaft besteht kein Grund», wird der Generalstaatsanwalt zitiert. Das Ministerium von Ressortchef Ulrich Goll (FDP) sieht auch jetzt keinen Grund, diese Entscheidung mit einer Weisung zu korrigieren.

Die Grünen werfen Häußler vor, sich in einem Interview mit den «Stuttgarter Nachrichten» vom 11. Dezember voreilig über den Einsatz geäußert zu haben. Der Oberstaatsanwalt hatte dem Blatt gesagt: «Vorläufig kann ich sagen, dass es keine Anhaltspunkte gibt, dass der Einsatz insgesamt offensichtlich unrechtmäßig war.» Die Grünen halten dem Juristen zudem vor, er habe Vorwürfe, es seien Menschen mit Wasserwerfern vor den Bäumen getrieben worden, bereits für erledigt erklärt.

Darüber hinaus habe sich Häußler am 30. September von 10.00 Uhr morgens bis tief in die Nacht ausschließlich bei der Einsatzleitung und beim Führungsstab des Polizeipräsidiums aufgehalten. «Er ist erkennbar nicht in der Lage, objektive Ermittlungen zu führen», kritisierte Sckerl.